

Berliner Tageblatt



Nr. 15

und Handels-Zeitung

Freitag, 9 Januar 1925

Ges. Redakteur Theodor Wolff in Berlin.

Druck und Verlag von Rudolf Mofke in Berlin.

Bahnprojekte der Türkei.

Von unserem Korrespondenten Franz Carl Endres.

Konstantinopel, im Dezember.

Eines der größten Hemmnisse — wenn auch nicht, wie viele glauben, das einzige — einer wirtschaftlichen Erschließung Anatoliens war bisher der fast völlige Mangel an Eisenbahnen und die Vernachlässigung des Baus geistiger Straßen. Reisen und Transporte in Inneranatolien sind immer noch mit solchen Schwierigkeiten verbunden und dauern so lange Zeit, daß Massengüter, selbst wenn sie außerordentlich billig produziert werden, mit so hohen Transportkosten an die Meereshäfen kommen, daß ihre Weltmarktpreiswertigkeit in Frage gestellt ist. Das Verkehrsproblem bildete daher schon vor dem Kriege ein oft behandeltes, mit Plänen und Projekten reich bedachtes Gebiet. Die außenpolitischen Verhältnisse und verschiedene andere Gründe ließen jedoch die Projekte nicht zur Wirklichkeit werden.

Die heutige türkische Regierung unter Mustafa Kemal und Ismet Paşa geht von anderen und richtigeren Gesichtspunkten aus. Ich kann mich noch an manches alte Wort über die notwendige Reform des Verkehrswezens das uns damals im Kriege schwere Sorgen bereitete, meines einmaligen Nachbarn im Großen türkischen Generalstab, Ismet Paşa, erinnern. Heute hat er die Macht, seinen Ideen zum Ausdruck zu verhelfen.

Mustapha Kemal hat auf seiner gegenwärtigen Reise durch ordofanatolien wiederholt in seinen Reden geäußert, daß er eine Kraft für die innere Entwicklung der Türkei einleiten werde. Das entspricht ganz seinem Programm, die Türkei vollkommen auf Anatolien zu blicken. Bisher litt die Türkei gerade darunter, daß außenpolitische und innenpolitische verhältnisse dieses Sichbestimmen auf sich selbst, die zivilisatorische Arbeit von innen heraus nicht zuließen. Eine weitere Folge dieser Gesamtansicht Mustapha Kemals ist das den-Vorbergrund-treten wirtschaftlicher Motive in den Plänen der Regierung. Es ist wohl die klare Einsicht vorhanden, daß an eine Zukunft der neuen, auf sich selbst gebauten Türkei nur zu denken ist, wenn das wirtschaftliche Gleichgewicht erreicht werden kann, das heißt wenn das Land zu höchstem Prozentsatz sich selbst ernähren kann und seinen Importbedarf durch erhöhten Export zu bezahlen imstande ist. Eine großzügige Verkehrspolitik, die nun allerdings, bis sie die gewünschten Früchte trägt, sehr viel Geld kostet, ist dieser Ausgleich der Wirtschaft gar nicht möglich.

Die gegenwärtig zu einem gewissen Abschluß gebrachten Bahnprojekte beschäftigen sich damit, das Südt Anatolien, in dessen Mitte Angora liegt, verkehrsmäßig zu öffnen, um es wirtschaftlich auf die Höhe zu bringen, die es einer Bodennatur nach zweifellos erreichen kann. Es ist das hier, das westlich von Ismid und Ereğli, östlich von Samsum und Sinas abgegrenzt ist, ein Raum von (ganz roh gemessen) ungefähr 100 000 Quadratkilometern.

Hier wird zunächst unter der Leitung der türkischen Regierung die Linie Angora—Sinas und Samsum—Sinas in Angriff genommen und zwar wird gleichzeitig von Angora und vom Samsum her mit dem mehrere Jahre dauernden Bau begonnen. Allein für die Bauten im Jahre 1925 sind 14 Millionen Pfund vorgesehen. Die Regierung verzögert die Strecken in Abschnitten von 20 bis 120 Kilometern an Unternehmer. Die Regierung verlangt von den Unternehmern sogenannte Kapazitätsgarantien (a) finanzielle, (b) technische, ferner Bietungsgarantien in der Höhe von 5 bis 10 Prozent des Objektwertes, endlich noch Lieferungs- und Anfahrungsgarantien. Die Lieferungsgarantien enthalten zum Teil rigoreuse Bestimmungen, zum Beispiel die, daß die Regierung die von den Unternehmern bei den Banken niederzulegenden Garantiesummen erheben kann, ohne daß der gezeichnete Nachweis der Lieferungsverpflichtung erbracht werden muß. Die Anfahrungsgarantien dienen zur Verfügung bis zur Beendigung der Arbeit, was den Lieferanten starke Kosten bei ihren Banken verursacht wird.

Trotz dieser sehr schweren Bedingungen nehmen die Firmen die Verträge an. Auf der Strecke Angora—Samsum sind auch für Bauten und Material deutsche Firmen beteiligt, so zum Beispiel Krupp (an dem Stinnes unterbeteiligt ist), Humboldt, Wauwenz und Schwarzkopff. Auf der Strecke Samsum—Sinas hat eine französische Gesellschaft noch Verträge von der Zeit vor dem Kriege.

Das andere Projekt Angora—Ereğli (mit Hafenanlagen dort) und den zwei Zweignissen über Bolu nach Trabagat und über Aflamun (Aflamun) nach Hausa ist einem gewissen Benari, dem Vertreter eines italienischen Großkonzerns, übertragen worden und soll in fünf Jahren hergestellt werden. Deutsche Fabrikanten sind meines Wissens hier nicht beteiligt. Endlich ist noch ein kleines Bahnnetz von zwei Linien: Samsum—Ereğli—Ereğli und Samsum—Afra (Kabakentum) der türkischen Großfirma Kemli Paşa und Söhne übertragen worden, die ihrerseits Aufträge an Unternehmer vergibt.

Von besonderer Bedeutung ist, daß die türkische Regierung, zum Beispiel für die Linie Angora—Ereğli, bestimmt hat, daß das Personal bei den Arbeiten türkisch sein muß, und daß nur die unentbehrlichen Spezialisten aus Europa engagiert werden dürfen, aber nur nach besonderer Erlaubnis der Regierung. Es werden verschiedene türkische Aktiengesellschaften (sogenannte societés anonymes) gebildet werden, an denen sich türkisches Kapital ohne Begrenzung beteiligen darf.

Die letzten Bemühungen des Kanzlers.

Dr. Marx beim Reichspräsidenten.

Die neuerlichen Versuche des Reichskanzlers Dr. Marx, ein Kabinett zustande zu bringen, sind heute vormittag noch nicht gelungen. Wie bekannt, haben zwar die gegenwärtigen Minister Dr. Luther, Graf Kanitz, Dr. Brauns und Dr. Gehler sich bereit erklärt, ihre Ämter in einem überparteilichen Kabinett unter der Leitung des Herrn Marx beizubehalten, haben aber daran die Bedingung geknüpft, daß führende Demokraten ihm nicht angehören dürfen. Das ist auf eine Rückfrage zurückzuführen, die Dr. Luther an die deutschen Volksparteier gestellt hatte. Diese erklärten ihm, daß sie einen solchen Ministerium nicht ohne weiteres Schwierigkeiten bereiten würden, sofern nur führende Demokraten in ihm nicht enthalten seien. (1) Das ist nicht zuletzt auf die persönliche Verärgerung Dr. Stresemanns gegenüber Minister Koch, dem Führer der Demokratischen Partei, zurückzuführen. Allerdings wurde ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sich der Widerspruch nicht gegen Herrn Koch persönlich, sondern überhaupt gegen alle führenden Demokraten richte, die dem sogenannten überparteilichen Kabinett sofort eine bestimmte parteipolitische Prägung geben würden.

Der Reichskanzler legte sich daraufhin mit Herrn Koch in Verbindung. Herr Koch ließ ihm nicht im Zweifel darüber, daß die Demokraten in diesem Falle keine Veranlassung hätten, das Kabinett durch politische farbige Persönlichkeiten ihrerseits zu ergänzen, da sie sonst in die Lage kämen, für eine Politik verantwortlich gemacht zu werden, auf die sie keinen realen Einfluß hätten. Die Demokraten müßten es daher dem Zentrum überlassen, nimmere allein mit den Staatssekretären ein Ministerium zu bilden.

Die demokratische Fraktion würde dieses Kabinett unterstützen, aber sie würde sich durch keine Koalition oder parteipolitische Solidarität verpflichtet fühlen.

Zur Stunde ist noch nicht bekannt, was der Kanzler jetzt zu tun gedenkt. Es bleibt ihm die Möglichkeit, ein reines Zentrumskabinett mit Staatssekretären als Ministerien auf die Beine zu stellen oder aber ein parteipolitisch abgestimmtes Kabinett, das aus Zentrumsmitgliedern und Demokraten bestehen würde, zu bilden, oder aber den Auftrag der Kabinettbildung an den Reichspräsidenten zurückzugeben. Die Reichsparteier rechnen mit der letzten Möglichkeit und propagieren gegenwärtig als geeigneten Mann den Reichsfinanzminister Dr. Luther.

Gegen Mittag besah sich Marx noch einmal zum Reichspräsidenten, um ihm das Ergebnis seiner letzten Bemühungen darzulegen.

Schon im heutigen Morgenblatt haben wir betont, daß auch auf demokratischer Seite die gegenwärtige Phase der Krise Unbehagen erwecken muß. Wir schätzen die Persönlichkeit des bisherigen Reichskanzlers Marx zu hoch, daß wir das lebenshaffte Bedauern empfinden würden, wenn sie sich durch immer erneute Versuche, ein Kabinett zustandezubringen, politisch abnutzen sollte. Interess Crachtens ist der Augenblick gekommen, wo Herr Dr. Stresemann, der ja für die Krise in erster Linie verantwortlich ist und außerdem auch die bisherige Politik in der Kölner Räumungsfrage als verantwortlicher Minister geleitet hat, noch einmal und sehr entschieden erucht werden müßte, nun selbst die Kabinettbildung zu übernehmen.

Nach eine „patriotische“ Manifestation.

Bei dem feierlichen Einspruch der preussischen Staatsregierung gegen die Nichträumung der ersten Zone verlassen Deutschnationalen und Volksparteier unter Nuirufen den Sitzungssaal.

Die heutige Landtagsitzung.

p. st. Im preussischen Parlament erlebte man ein Schauspiel, wie es glücklicherweise im Landtag noch nicht dagewesen ist. Die Spannung zwischen den Parteien schlug in das Große und Sinnlose um. Die von den Herren Scholz und Curtius im Reichstag eingeleitete Entwicklung der Deutschen Volkspartei hat jetzt dazu geführt, daß die Partei endgültig zum historischen Anhängel der Deutschnationalen geworden ist und überhaupt keinen Willen mehr aufbringen kann. Wer daran bisher noch gezweifelt hat, wurde heute endgültig belehrt.

Der Beginn der heutigen Sitzung des Landtages mußte um eine Stunde verschoben werden, weil sich die Deutschnationalen mit der Deutschen Volkspartei im Vorfeldraum zusammengehangen hatten, um den von der Regierung Braun für die heutige erste ordentliche Sitzung vorgezeichneten und im Interesse Preußens und des deutschen Volkes dringend notwendigen Protest gegen die Nichträumung der Kölner Zone zu hintertreiben. Dabei war dieser Protest in einem Antrag von den Deutschen Volksparteierlern selber in der denkbar dringlichsten Form und für den denkbar nächsten Zeitpunkt gefordert worden! Im Reichstage, bei wählten die preussischen Volksparteier genau, war die Möglichkeit eines solchen Protestes bisher immer wieder in Frage gestellt worden. Trotzdem beschloffen sie im Verein mit den Deutschnationalen, daß der Ministerpräsident Braun den Protest nicht abgeben, und daß der Landtag es mit einer Rede des Präsidenten genug sein lassen sollte! Eine so ungeheuerliche Entschcheidung, daß man sich an den Kopf faßte und fragte, ob es möglich sei, daß sich in Deutschland der Parteigeist so weit verirren kann.

Man wollte aber zunächst immer noch nicht glauben, daß die nationalen Parteien diese antinationale Haltung im Plenum beibehalten werden würden. Als um 12 Uhr die Glocken den Sitzungsbeginn ankündigten, erschienen die beiden Rechtsparteien im letzten Augenblick vollständig im Saal und spendeten dem Präsidenten des Hauses, dem Sozialdemokraten Partels, am Schluß seiner würdigen Ausführungen demonstrativen Beifall. Dann aber kam die unerfreuliche Enttarnung des Tages. Man erlebte einen Vorgang, der in der Parteigeschichte ohne Beispiel dastehet. Die Volksparteier und die Deutschnationalen verließen in demselben Augenblick den Saal, als der Ministerpräsident Braun aufstand, um namens der preussischen Regierung zu der Kölner Frage grundsätzliche Stellung zu nehmen. In den Reihen des Zentrums war man zunächst verblüfft. Dann flammte die Mitte des Hauses in Empörung auf. Der Vorgang wirkte um so größerer, als selbst bei den Volksparteierlern zunächst ein Teil in richtiger Erkenntnis der Ungeheuerlichkeit des Verfahrens dem gegebenen Befehl nicht Folge leisten wollte. Diesen Parteipolitikern winkten ihre Freunde heftig zu. Dennoch blieben demonstrativ der bisherige Finanzminister Dr. v. Richter und die Abgeordneten Meyer (Erfurt), Lange, Oerbachhausen, Kriege und Dr. Wiemer im Saal. Man schloß von draußen den Abgeordneten Finckel darauf noch einmal in den Saal hinein, um die fünf

herauszuführen. Aber sie weigerten sich mannhaft, obgleich Herr v. Campe schließlich sogar den Fraktionsdiener ins Gefecht sandte. Herr v. Richter und die anderen vier Volksparteier waren nämlich im Gegensatz zu ihrer Forderung der Auffassung, daß nationale Würde und politischer Anstand höher stehen, als die Parteipolitik.

Die Rede des Ministerpräsidenten Braun wurde dann von dem übrigen Hause ihrer Bedeutung gemäß mit größter Aufmerksamkeit und immer wiederholtem Beifall aufgenommen. Sie stellte die wirkliche Sachlage in überzeugender Weise dar, und war ein wirkungsvoller und würdiger Einspruch gegen die schwere Rechtsverletzung, die von den Alliierten angeht ist. Braun nahm am Schluß den ihm hingeworfenen Fehdehandschuh an, indem er die Demonstration der Rechtsparteien als betrübend und widerwärtig bezeichnete. Der drohende Beifall im ganzen Hause durfte ihn davon überzeugen, daß er allen aus dem Herzen gesprochen hatte, und die weitere Debatte konnte ihn in diesem Gefühl nur bestärken.

Es waren wenig erfreuliche und zwecklose Bemühungen des volksparteilichen Führers v. Campe, als er versuchte, die Haltung seiner Partei zu verteidigen. Seine Worte gingen in einem Sturm des Widerspruches unter. Der Ministerpräsident Braun stellte dann fest, daß es einfach die Pflicht der Regierung war, das zu sagen, was er heute gesagt hat. Aber die Rechtsparteien scheuten selbst die Gefahr der Lächerlichkeit nicht. Sie verließen den Saal zum zweiten Male und schrien unter dem Hohngelächter der anderen Parteien wieder zurück, als die Debatte ihren Fortgang nimmt. Die Wirkung war lediglich die, daß auf diese Weise selbst in einer Lebensfrage wie bei der Kölner Zone die Zerrissenheit des deutschen Volkes wieder einmal vor aller Welt demonstriert wurde. Es war ein Verbrechen, als der demokratische Abgeordnete Schreiber der allgemeinen Empörung über das widerwärtige, die Interessen des Vaterlandes verletzende Verfahren der Deutschnationalen einen padenden Ausdruck ließ.

Um 1/2 12 Uhr verlegt man sich. Die Regierungserklärung war ja der einzige Punkt der Tagesordnung gewesen. Zuletzt war die Debatte nur noch ein lebenshaffliches Hin- und-Her zwischen links und rechts darüber, ob der im Vorfeldraum gefasste Beschluß gegen Braun zu Recht bestche oder nicht. Die nächste Sitzung wird am Mittwoch nächster Woche stattfinden. Auf der Tagesordnung steht eine Erklärung der Regierung Braun und der volksparteiliche Antrag, einen neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Soll das Trauerspiel von heute etwa noch um einen neuen und ebenso unerfreulichen Akt verlängert werden?

(Einen ausführlichen Landtagsbericht veröffentlichen wir auf Seite 2).

* Gegen den Rechtsbruch von Köln. Der Arbeitsausschuß deutscher Verbände veranstaltet in Verbindung mit dem Deutschen Frauenausschuß zur Bekämpfung der Entwürdigung und dem Deutschen Ausschuss zum Zusammenstellen landsmannschaftlichen Verbänden am Sonntag, 11. Januar, nachmittags 5 Uhr, in der neuen Aula der Universität Berlin eine Kundgebung gegen Vergewaltigung von Recht und Moral.